

DER STADTVERORDNETENVORSTEHER
DER STADT
OFFENBACH AM MAIN

Stv.-Büro 63061 Offenbach (Main)

Frau
Partei- und Fraktionsvorsitzende
Dr. Angela Merkel
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1

11011 Berlin

Bearbeitung: Bernd Zander
Telefon: (069) 8065 - 1
Durchwahl: (069) 8065 - 2856
Telefax: (069) 8065 - 3471
Zimmer: OG 21
Datum: 07. Oktober 2005

Revision der Finanzströme aus Hartz IV

Sehr geehrte Frau Dr. Merkel,

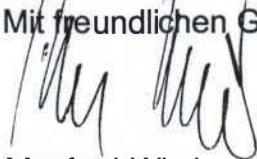
ich möchte Sie davon unterrichten, dass die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Offenbach a.M. in ihrer Sitzung am 06. Oktober 2005 zu DS I (A) 896 einstimmig folgenden Beschluss gefasst hat:

Die Stadtverordnetenversammlung fordert die Teilnehmer der Berliner Koalitionsverhandlungen auf, für die neue Legislaturperiode zu vereinbaren, dass die Revision der Finanzströme aus Hartz IV kommunalfreundlich erfolgt.

Ich leite diesen Beschluss im Auftrag der Stadtverordnetenversammlung an Sie weiter und bitte Sie, im Sinne der Beschlussfassung tätig zu werden.

Dieses Schreiben wird gemeinsam mit dem Beschluss der Stadtverordnetenversammlung in unserem Politischen Informationssystem „PIO“ auf der Internetseite der Stadt Offenbach www.offenbach.de eingestellt. Wir beabsichtigen auch - der Vollständigkeit halber - Ihre Antwort hinzuzufügen.

Mit freundlichen Grüßen



Manfred Wirsing
Stadtverordnetenvorsteher

DER STADTVORORDNETENVORSTEHER
DER STADT
OFFENBACH AM MAIN

Stv.-Büro 63061 Offenbach (Main)

Herrn
Ministerpräsident
Dr. Edmund Stoiber
Bayerische Staatskanzlei
Postfach 220011

80535 München

Bearbeitung: Bernd Zander
Telefon: (069) 8065 - 1
Durchwahl: (069) 8065 - 2856
Telefax: (069) 8065 - 3471
Zimmer: OG 21
Datum: 07. Oktober 2005

Revision der Finanzströme aus Hartz IV

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident Dr. Stoiber,

ich möchte Sie davon unterrichten, dass die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Offenbach a.M. in ihrer Sitzung am 06. Oktober 2005 zu DS I (A) 896 einstimmig folgenden **Beschluss** gefasst hat:

Die Stadtverordnetenversammlung fordert die Teilnehmer der Berliner Koalitionsverhandlungen auf, für die neue Legislaturperiode zu vereinbaren, dass die Revision der Finanzströme aus Hartz IV kommunalfreundlich erfolgt.

Ich leite diesen Beschluss im Auftrag der Stadtverordnetenversammlung an Sie weiter und bitte Sie, im Sinne der Beschlussfassung tätig zu werden.

Dieses Schreiben wird gemeinsam mit dem Beschluss der Stadtverordnetenversammlung in unserem Politischen Informationssystem „PIO“ auf der Internetseite der Stadt Offenbach www.offenbach.de eingestellt. Wir beabsichtigen auch - der Vollständigkeit halber - Ihre Antwort hinzuzufügen.

Mit freundlichen Grüßen


Manfred Wirsing
Stadtverordnetenvorsteher

DER STADTVERORDNETENVORSTEHER
DER STADT
OFFENBACH AM MAIN

Stv.-Büro 63061 Offenbach (Main)

Herrn
Partei- und Fraktionsvorsitzenden
Franz Müntefering
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1

11011 Berlin

Bearbeitung: Bernd Zander
Telefon: (069) 8065 - 1
Durchwahl: (069) 8065 - 2856
Telefax: (069) 8065 - 3471
Zimmer: OG 21
Datum: 07. Oktober 2005

Revision der Finanzströme aus Hartz IV

Sehr geehrter Herr Müntefering,

ich möchte Sie davon unterrichten, dass die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Offenbach a.M. in ihrer Sitzung am 06. Oktober 2005 zu DS I (A) 896 einstimmig folgenden Beschluss gefasst hat:

Die Stadtverordnetenversammlung fordert die Teilnehmer der Berliner Koalitionsverhandlungen auf, für die neue Legislaturperiode zu vereinbaren, dass die Revision der Finanzströme aus Hartz IV kommunalfreundlich erfolgt.

Ich leite diesen Beschluss im Auftrag der Stadtverordnetenversammlung an Sie weiter und bitte Sie, im Sinne der Beschlussfassung tätig zu werden.

Dieses Schreiben wird gemeinsam mit dem Beschluss der Stadtverordnetenversammlung in unserem Politischen Informationssystem „PIO“ auf der Internetseite der Stadt Offenbach www.offenbach.de eingestellt. Wir beabsichtigen auch - der Vollständigkeit halber - Ihre Antwort hinzuzufügen.

Mit freundlichen Grüßen



Manfred Wirsing
Stadtverordnetenvorsteher

DER STADTVERORDNETENVORSTEHER
DER STADT
OFFENBACH AM MAIN

Stv.-Büro 63061 Offenbach (Main)

Herrn Bundeskanzler
Gerhard Schröder
Bundeskanzleramt

11011 Berlin

Bearbeitung: Bernd Zander
Telefon: (069) 8065 - 1
Durchwahl: (069) 8065 - 2856
Telefax: (069) 8065 - 3471
Zimmer: OG 21
Datum: 07. Oktober 2005

Revision der Finanzströme aus Hartz IV

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler Schröder,

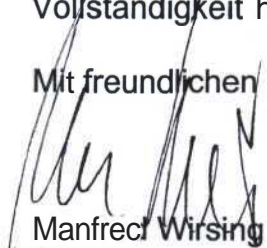
ich möchte Sie davon unterrichten, dass die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Offenbach a.M. in ihrer Sitzung am 06. Oktober 2005 zu DS I (A) 896 einstimmig folgenden Beschluss gefasst hat:

Die Stadtverordnetenversammlung fordert die Teilnehmer der Berliner Koalitionsverhandlungen auf, für die neue Legislaturperiode zu vereinbaren, dass die Revision der Finanzströme aus Hartz IV kommunalfreundlich erfolgt.

Ich leite diesen Beschluss im Auftrag der Stadtverordnetenversammlung an Sie weiter und bitte Sie, im Sinne der Beschlussfassung tätig zu werden.

Dieses Schreiben wird gemeinsam mit dem Beschluss der Stadtverordnetenversammlung in unserem Politischen Informationssystem „PIO“ auf der Internetseite der Stadt Offenbach www.offenbach.de eingestellt. Wir beabsichtigen auch - der Vollständigkeit halber - Ihre Antwort hinzuzufügen.

Mit freundlichen Grüßen



Manfred Wirsing
Stadtverordnetenvorsteher